

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.

Mitgliedsorganisation der European Jews for a Just Peace (EJJP)
Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Fax: 030 396 2147 <http://www.juedische-stimme.de> mail@juedische-stimme.de

An den
Botschafter des Staates Israel
in der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Yoram Ben-Zeev
Auguste-Viktoria-Str. 74-76
14193 Berlin

vorab per e-mail (botschaft@israel.de)

Absender, i.A. des Vorstands:

Prof. Dr. Rolf Verleger
Amselweg 2 b, 23562 Lübeck

Telefon (tagsüber): 0451 / 500-2916
E-Mail: Verleger@onLuebeck.de

Datum: 03.08.2010

Sehr geehrter Herr Botschafter Ben-Zeev,

wir, in Deutschland lebende Juden und Israelis, sind entsetzt, dass es zum Hungerstreik von Herrn Maraghy kommen musste.

Wie Sie wissen, stammt Firas Maraghy aus einer seit vielen Generationen in Jerusalem lebenden Familie. Trotz seines unbezweifelbaren Rechts, im Land seiner Geburt und seiner Vorfahren zu leben, besitzt er, wie alle Jerusalemer Palästinenser, weder einen palästinensischen noch einen israelischen Pass. Stattdessen hat er aufgrund der israelischen Rechtsvorschriften einen Status als "Staatenloser" und ist daher in jedem Einzelfall auf israelische Aufenthalts- wie Reiseerlaubnisse angewiesen.

Seit September 2007 ist Herr Maraghy mit der deutschen Staatsbürgerin Wiebke Diehl verheiratet; um während ihres Studiums mit seiner Frau in Berlin zusammenzuleben, zog er nach Deutschland. Im Dezember 2009 wurde die gemeinsame Tochter Zaynab Maraghy geboren.

Herr Maraghy hielt sich im Mai 2009 in Jerusalem auf, um beim israelischen Innenministerium seine Ehe in seine Papiere eintragen zu lassen. Die Eintragung wurde ihm jedoch verweigert, mit der Begründung, er lebe ja nun im Ausland und habe somit seine Rechte als Einwohner verloren. Diese Begründung erscheint nicht stichhaltig, da die entsprechende israelische Rechtsvorschrift den Verlust des Aufenthaltsrechts erst nach sieben Jahren vorsieht. Implizit erkannte die dortige Behörde dies auch an, indem sie Herrn Maraghy selbst ein neues Reisedokument ausstellte – allerdings nur befristet bis Mai 2011 und mit der Auflage, danach mindestens 1½ Jahre in Jerusalem zu verbleiben. Der ganze Vorgang, insbesondere die Verweigerung der Eheeintragung, erscheint somit als ein Willkürakt.

Nach der Geburt seiner Tochter Zaynab wollte nun Herr Maraghy im April 2010 seine Tochter in seine Papiere eintragen lassen. Zu diesem Zweck wandte er sich an Ihre Dienststelle, die israelische Botschaft, die nach allgemeinem Dafürhalten für solche Rechtsakte bei im Ausland lebenden Bürgern des Staates zuständig ist. Diese Zuständig-

keit erkannte Ihre Behörde offenbar auch an, weigerte sich aber mit Bescheid vom 17.4.2010, Zaynab Maraghy ein israelisches Reisedokument auszustellen, mit der Begründung, dass ihre Mutter Deutsche sei. Nach hiesigem Rechtsempfinden erscheint auch diese Entscheidung als ein Willkürakt.

Herr Maraghy wird somit durch die Verweigerung eines israelischen Aufenthaltsstatus sowohl für seine Ehefrau als auch für seine Tochter vor die Entscheidung gestellt, sich Ende Mai 2011, wenn sein ihm von den Jerusalemer Behörden ausgestelltes Reisedokument ausläuft, also in knapp zehn Monaten, entweder von seiner Familie zu trennen oder seine Heimat zu verlieren. Denn er muss nach Jerusalem zurück, um den Wohnsitz in seiner Heimat zu behalten, und seine Familie wird dort kein Aufenthaltsrecht haben, weil das israelische Rechtssystem dafür die Eintragung der Ehe und der Kinder vorschreibt.

Nach deutschen Rechtsvorstellungen kann man über eine solche Situation, die dem hier grundgesetzlich garantierten Schutz von Ehe und Familie eklatant widerspricht, nur den Kopf schütteln. Außerdem – darauf weist Herr Maraghy zu Recht hin – widerspricht dieses Vorgehen dem Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Firas Maraghy sieht keinen anderen Ausweg als den Hungerstreik.

Wir, die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, bezweifeln entschieden, dass eine Lösung der komplizierten Situation in Israel und Palästina dadurch herbeigeführt werden kann, dass die Jerusalemer Palästinenser durch bürokratische Maßnahmen wie in diesem Fall aus ihrer Heimat herausgedrängt werden. Der Zweck – die Judaisierung Jerusalems mittels Heraussäuberung der alteingesessenen Bevölkerung – ist allzu offensichtlich.

Deshalb unterstützen wir Herrn Maraghy in seinem Anliegen und hoffen, dass das durch seinen Hungerstreik ausgelöste öffentliche Interesse zu einer Lösung seines Falls beiträgt.

Es liegt unserer Meinung nach im wohlverstandenen Interesse des Staates Israel, das friedliche Zusammenleben von Juden und Arabern nicht durch solche diskriminierende Regelungen zu gefährden. Offensichtlich für uns ist auch, dass es nicht im Interesse von uns Juden in Deutschland liegen kann, wenn man uns in Zukunft mit Verweis auf Israel vorhalten kann, dass es auch andere, rabiaterere Wege geben kann, wie ein Staat mit uns als Minderheiten umgehen könne als dies zur Zeit hier der Fall ist. Dass im Jahre 2010 in Deutschland diese Möglichkeit deswegen als unwahrscheinlich dasteht, weil Deutschland ein stabiles Rechtssystem hat, nicht aber weil Israel als Rechtsstaat erscheint, ist sehr irritierend. Wohin driftet Israel ab?

Selbst und gerade wenn sich Israel so sehr als jüdischer Staat versteht, dass die bisherige Bevölkerung dort zu "Bewohnern" degradiert werden, könnte sich ein solcher jüdischer Staat zumindest an grundlegende Gebote unserer jüdischen Religion halten. In waJikra (3. Buch Moses), Kap.19, Vers 34 heißt es:

"Wie ein Bürger von Euch sei Euch der Bewohner, der bei Euch wohnt, und liebe ihn wie Dich selbst, denn Bewohner wart Ihr im Lande Ägypten":

Wir Juden sollten aus eigener leidvoller Erfahrung sehr genau wissen, dass Rechte aller Bevölkerungsgruppen zu respektieren sind.

Wir möchten daher an Sie appellieren, Ihren zweifellos vorhandenen Ermessensspielraum auszunutzen und die entsprechenden Eintragungen für die Ehefrau und Tochter von Herrn Maraghy in seinen Papieren vorzunehmen, damit die gesamte Familie Maraghy eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung für Jerusalem hat.

Mit freundlichen Grüßen

R. Verleger (Unterschrift im Original)

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost
Vorsitzender